

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beilagenzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 285.

Dienstag, den 7. Dezember 1897.

4. Jahrgang.

Hierin eine Beilage.

Das sächsische Attentat.

Unter den Vereinsgesetzen der deutschen Bundesstaaten ist das sächsische eines der reaktionären. Als Herr v. d. Mecke im Sommer sein Knebelgesetz für Preußen befristet, konnte er auf das sächsische Vereinsgesetz als auf sein Vorbild und Muster hinweisen.

Das sächsische „Zwiel“, wie der sächsische Minister des Innern das Vereinsgesetz genannt hat, bietet hundert Handhaben, um dem freien Vereinigungsrecht Schlingen zu werfen und Fußangeln zu stellen. Es ist nur erinnernd an die wunderwollen §§. 5 und 22 dieses Gesetzes:

„Versammlungen, deren Zweck es ist, Gesetzesübertretungen oder unethische Handlungen zu begehen, dazu aufzufordern oder doch dazu geneigt zu machen, sind verboten.“

Bei dringender Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit können Versammlungen sowie öffentliche Auf- und Umzüge und Festlichkeiten verboten werden.“

Mit solchen Kautschuckbestimmungen läßt sich alles machen und wird in Sachsen thatsächlich alles gemacht. Vereinsverbote und Versammlungs-Auflösungen sind an der Tagesordnung. Die sächsische Arbeiterchaft muß einen unaufhörlichen Guerillakrieg gegen das Ermessen der Polizeibehörde führen, welche die Auslegungsfähigkeit jener und anderer Gesetzesparagraphe in virtuosester Weise zu benutzen gelernt haben. Das Vereins- und Versammlungsrecht ist ganz in das Belieben der Polizei, des untersten Gendarmerie gestellt. Und selbst offenbare Gesetzwidrigkeiten gehören zu den Alltäglichkeiten; auf erhobene Beschwerde wird der Einzelfall geordnet, aber nicht selten wiederholt der Gendarm am nächsten Tage seinen „Ertrhum“ von neuem.

Doch das genügt den Gelüsten der Feinde einer freien Entfaltung des Volkslebens noch nicht. Die Reaktion in Sachsen unternimmt einen neuen Vorstoß. Das schlechteste aller schlechten Vereinsgesetze ist noch nicht schlecht genug.

Wir sagten es voraus, daß die Zerstückelung des gleichen Wahlrechts und die Einführung des Dreiklassen-Wahlsystems in Sachsen nicht das Ziel der reaktionären Pläne darstellte, sondern nur das Mittel sei zu weiteren Schädigungen des Volkes. Schon jetzt ist es soweit gekommen, sonder Scham will die Mehrheit der zweiten Kammer, die Vastarde des Geldwahlsystems, das Vereinsrecht noch weiter einschränken.

Man will die Frauen und die Minderjährigen aus sozialdemokratischen und anarchistischen Vereinen und Versammlungen entfernen.

Minderjährige haben schon jetzt keinen Zutritt zu politischen Vereinen. Die jungen Arbeiter, welche dem Staat als Soldaten Gut und Blut opfern, welche den Kapitalisten Mehrerträge erarbeiten müssen, sie sollen von der Möglichkeit, sich politische Aufklärung in öffentlichen Versammlungen zu verschaffen, ausgeschlossen werden.

Die Frauen, welche in Sachsen zu vielen Zehntausenden als Arbeiterinnen in der Industrie beschäftigt sind, sollen politisch völlig rechtlos gemacht werden.

Den Gewerkschaften gilt der konservative Anschlag. Von politischen oder sozialdemokratischen Vereinen und Versammlungen sprechen die konservativen Wünsche. Aber in ganz Sachsen giebt es keine Behörde, die nicht Gewerkschaftsversammlung unter das Fallbeil einer solchen Bestimmung zu bringen befähigt wäre. Tausend neue Drangsalirungen würden für alle Arbeitervereine und Arbeiterversammlungen aus derartigen Gesetzesbestimmungen erwachsen.

Die sächsische Regierung selbst hat das Verlangen nach einer derartigen Erdröselung des letzten Restes des Vereinigungsrechtes nicht gestellt. Ob sie das Odium dieser Maßnahme den Parteien überlassen wollte, oder ob sie die Wahlen fürchtete, man weiß es nicht. Sie hat schlechtlich die Aufhebung des Verbots des Zusammentritts den Kammern vorgelegt, wie es ihre Pflicht war. Aber die sächsischen Konservativen scheuen in ihrer Wuth gegen die Arbeiterbewegung, die sie auf beiden Augen blind macht, vor nichts zurück. Die Uckermann und Mehnert, welche die Stimme des Volkes aus dem Landtage hinausgewiesen haben, sind voll verblissenen Großes gegen das allgemeine

gleiche Reichstags-Wahlrecht, vor dem sie nicht bestehen konnten. Diese Herren wollen die nächsten Wahlen vorbereiten durch weitere Behinderung der öffentlichen Bethätigung der Arbeiterchaft. Sie wollen die Sozialdemokratie mundtot machen, um den drohenden völligen Zusammenbruch ihrer Partei bei der nächsten Reichstagswahl zu verhüten.

Freilich, diese Politik ist ebenso einfältig wie sie gewaltthätig ist. In dem wirtschaftlich voranschreitenden und sich mächtig entwickelnden Sachsen läßt sich kein Stummiges Regiment errichten. Jede neue Gewaltthätigkeit erzeugt nur um so mehr Erbitterung und beschleunigt den Sturz der Gewaltthätigen.

Aber weder ist zu wünschen, daß im Herzen Deutschlands die politische Entwicklung auf so verhängnißvolle Bahnen geräth, noch kann es angehen, daß ein Bundesstaat die von Reichswegen auch seiner Bevölkerung zustehenden Rechte entzieht.

Sachsen hat kein Recht, die Pläne der konservativen Reaktion durchzuführen. Als der Reichskanzler das Versprechen gab, daß das Koalitionsverbot für politische Vereine fallen solle, da hat er auch im Namen Sachsens gesprochen. Und die Mehrheit des Reichstages hat nur im Vertrauen auf die strikte Durchführung dieses Versprechens die Fertigstellung des Bürgerlichen Gesetzbuches ermöglicht.

Ein Wortbruch am Reichstage ist es daher, wozu die sächsischen Reaktionsparteien ihre Regierung drängen wollen.

Sache des Reichstages ist es, einem solchen Bestreben entgegen zu treten. Die allgemeine und höchste Vertretung des deutschen Volkes kann es sich nicht bieten lassen, daß das Parlament eines Bundesstaats, welches geboren ist aus dem Dreiklassen-Wahlsystem, sein Vertrauen in die Worttreue der Regierung dazu ausnütze, die Rechte des Volkes zu vernichten, die Arbeiter zu knebeln.

Um so weniger kann der Reichstag dies geschehen lassen, da es sich um ein Recht handelt, dessen Regelung ausdrücklich durch die Reichsverfassung dem Reiche vorbehalten ist.

Schon liegen dem Reichstage, von verschiedenen Seiten eingebracht, Anträge vor auf reichsgesetzliche Aufhebung des Koalitionsverbotes. Es ist erforderlich, diese Angelegenheit ohne jede Verzögerung im Reichstage zur Sprache zu bringen und geeignete Maßregeln zu treffen, daß nicht einzelne Bundesstaaten die Interessen des Reiches verletzen!

Politische Mundscham.

Deutschland.

Aus dem Reichstage. Der Reichstag hielt Freitag erst seine dritte Sitzung ab, aber die Herren Abgeordneten waren sehr wenig zahlreich erschienen. Beim Eingang in die Garderobenräume sind zwar jetzt Miniatur-Litfaßsäulen aufgestellt, in denen den Volksvertretern die Vergnügungen der Großstadt in den lockendsten Farben angepriesen werden. Diese Lockungen versangen aber offenbar nicht. Die Abgeordneten ziehen es vor, nach Hause zu reisen und sind lieber bei Müttern, als in Berlin und im Sitzungssaal. Uebelnehmen konnte man es ihnen nicht sonderlich, denn die erste Hälfte der Sitzung gestaltete sich recht langweilig. Der Entwurf über die freiwillige Gerichtsbarkeit rief eine Anzahl Juristen auf die Tribüne, die dort ihr Sprüchlein her sagten, ohne daß sie unter der Aufmerksamkeit weiterer Zuhörer zu leiden hatten. Um die juristisch-technischen Ausführungen kümmerte man sich unten so wenig, wie auf den Tribünen. Mehr Interesse verdiente der letzte Punkt der Tagesordnung, der Entwurf, der von der Entschädigung solcher Personen handelt, die im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen worden sind. Aber auch hier konnte das Interesse kein besonders weitgehendes sein, weil der Entwurf der Regierung sich in so engen Grenzen hält. Die Herren vom Bundesrath wollen nur dann die Entschädigung gewähren, wenn der Richter von der wirklichen Unschuld überzeugt ist. Das ist wenig und in der Commission soll wenigstens versucht werden, allen im Wiederaufnahmeverfahren Freigesprochenen die Entschädigung zu verschaffen. Dafür trat auch Herr Hintelen vom Centrum ein. Herr Mundel von der freisinnigen Volkspartei und unser Genosse Stadthagen empfahlen noch eine weitergehende Entschädigungspflicht.

Zentrum und Flottengesetz. Kürzlich hielt Prinz Arenberg im Breslauer katholischen Gesellenverein einen Vortrag, der in der Presse fast gar nicht berührt wurde. Die Ausführungen des Prinzen Arenberg sollten jedoch schon um deswillen in die öffentliche Beleuchtung gerückt werden, als Prinz Arenberg in Uebereinstimmung mit seiner Partei wiederholt gegen weitgehende Flottenpläne aufgetreten ist. Nach einem Bericht über die Versammlung gipfelte die Rede des Prinzen in folgenden Schlusssätzen:

„Bei einer jährlichen Bevölkerungszunahme von 400 000 Seelen, die nur zu geringem Theile in der Landwirtschaft, zum größten Theile aber in der Industrie bei möglichst hohen Löhnen und möglichst guten Lebensbedingungen beschäftigt werden müßten, sei es unethisch, der Industrie und dem damit verbundenen Exporte die notwendige Förderung und Schutz angedeihen zu lassen. Dieser Schutz könne jenseits der Meere in barbarischen und halb barbarischen Staaten nur durch die Flotte gewährt werden. Wieviel die Regierung fordern und wie viel der Reichstag bewilligen werde, sei dem Redner unbekannt. Er habe nur darauf hinweisen wollen, daß es sich um eine Lebensfrage handele, namentlich für die Zukunft, und daß diese Frage ruhig und objektiv geprüft werden müsse.“

Die Rede hat in Kreisen der Regierung anscheinend beifällige Aufnahme gefunden. Denn ein offiziöser Wochenzettel, der diese Rede an verschiedene Kreisblätter versandte, bemerkte:

„Das, was Prinz Arenberg gesagt hat, bietet eine Sicherheit, daß man auch im Schooße des Centrum zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß die Regierungsvorschläge nicht a priori abgewiesen werden dürfen.“

Prinz Arenberg ist noch nicht das Centrum, aber seine Auffassung steht nicht vereinzelt da. Hängt damit vielleicht zusammen, daß die Centrumskraktion noch zu keinem Beschluß über den Flotten-Gesetzentwurf gekommen ist?

Ueber die Aussichten des Flottengesetzes schreibt die „Deutsche Tageszeitung“, die dieser Vorlage gegenüber aus agrarischen Motiven eine kühlte Haltung einnimmt:

„Daß die Vorlage vom Reichstage in allen ihren Theilen angenommen werde, daran denkt wohl kein Mensch. Es kommt nur darauf an, ob man sich über einen Mittelweg verständigen, oder ob die Mehrheit der schlanken Ablehnung sich entschließen werde. Dann wird es sich fragen, ob die Regierung mit dem Gebotenen zufrieden sein werde. Nach früheren Erfahrungen dürfte man das annehmen. Ob das aber nach den jetzigen Vorgängen möglich ist, ist mindestens zweifelhaft. So muß denn mit der Auflösung des Reichstages im Anfange des nächsten Jahres fast als mit einer Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, und unsere Freunde werden gut daran thun, diese Möglichkeit mit in Rechnung zu ziehen. Daß die Regierung durch eine Auflösung ihre Stellung jetzt nicht bessert, liegt auf der Hand.“

Die Konservativen haben, wie schon angekündigt war, in einem Initiativantrag eine Novelle zur Straf- und Zivilprozessordnung wieder eingebracht. Es handelt sich darin um folgendes: Erstens soll der Raub die an die Stelle des Voreides treten. Zweitens soll die Vereidigung eines Zeugen unterbleiben, wenn das Gericht einstimmig seine Aussage für offenbar unglauwürdig oder unerheblich hält, falls im letzteren Falle die Vereidigung nicht beantragt ist. Vor den Schwurgerichten sollen diese Bestimmungen nur auf Antrag des Staatsanwalts oder des Verteidigers Anwendung finden, wenn keiner der Geschworenen die Vereidigung verlangt. In dem Verfahren wegen Uebertretungen darf die Vereidigung auch dann unterbleiben, wenn das Gericht einstimmig die Aussage für glauwürdig hält und die Vereidigung nicht beantragt wird. Für die Zivilprozessordnung sind ähnliche Bestimmungen getroffen. Außerdem wird vorgeschrieben: Das Gericht kann die Parteien, wenn zu befürchten ist, daß ein Zeuge bei seiner Vereidigung in ihrer Gegenwart die Wahrheit nicht sagen werde, während dieser Verhandlung aus dem Sitzungssaal abtreten lassen. Die konfessionelle Eidesformel findet sich nicht in dem Antrag. Schließlich enthält der Antrag Strafbestimmungen für wesentlich falsch angegebene und beidete Aussagen. Wer vor einer zur Abnahme von Eiden zuständigen Behörde als Zeuge oder Sachverständiger vernommen wird und als solcher wesentlich falsch aussagt, obwohl er von der Behörde auf die Strafbarkeit wesentlich falscher Aussagen hingewiesen worden ist, wird mit Gefängnis von einer Woche bis zu drei Jahren bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Geldstrafe erkannt werden.

Die Strafe ist auf die Hälfte bis ein Viertel zu ermäßigen, wenn

1. die Angabe der Wahrheit gegen ihn selbst eine Verfolgung wegen eines Verbrechens oder Vergehens nach sich ziehen konnte oder

2. der Aussagende die falsche Aussage zu Gunsten einer Person, rücksichtlich welcher er die Aussage ablehnen

durfte, erstattet hat, ohne über sein Recht, die Aussage abnehmen zu dürfen, befehrt worden zu sein.

Nimmt der Zeuge oder Sachverständige die falsche Aussage zurück, bevor noch ein Wahrspruch oder Endurtheil darauf ergangen ist, so bleibt er strafflos.

Die Fragen im ersten Theil des Antrags sind schon oft im Reichstag erörtert worden und dürften allgemein Zustimmung finden. Ganz anders steht es mit den neuen Gesichtspunkten, der Bestrafung unberechtigter Aussagen. Hier wird eingehendste Prüfung, besonders bei der Festsetzung der Strafhöhe am Platze sein.

Wenn's an das Bezahlen geht! Der Tirpitzsche Flottenplan stellt sich nach näherer Einsicht thatsächlich noch um 70 Millionen Mark höher heraus über den angenommenen Betrag von 412 Millionen Mark. Denn in der Berechnung der 412 Millionen Mark für die Jahre 1898—1905 sind die Restforderungen von 70 Millionen nicht einbezogen, die aus der Vollendung der bis 1905 in Angriff genommenen Schiffbauten in der Zeit nach 1905 entstehen. Der Hollmannsche Plan verlangte einschließlich solcher Restforderungen in 1898 ab nur Schiffbauten im Betrage von 266 Millionen. Der Tirpitzsche Plan erhöht diese Forderung also auf 482 Millionen Mark. Der Hollmannsche Plan verlangte neben Ersatzbauten überhaupt nur Neubauten für zwei große Panzerschiffe mit zusammen 40 Millionen Mark, während alle übrigen Forderungen in dem Hollmannschen Plane Ersatzbauten betrafen.

Mit Recht wird in der „Germania“ darauf aufmerksam gemacht, daß man fälschlich bei der Bemessung der Steigerung der Marineaufwendungen das Jahr 1897/98 auf offiziöser Seite zu Grunde legt. Das Etatsjahr 1897/98 mit seinem außergewöhnlich hohen Marineetat kann allein nicht als Normaljahr angesehen werden, weil in diesem Jahre die Gesamtausgaben der Marine gegen das Vorjahr von 86 Millionen auf 117 Mill. Mark gestiegen waren.

Während in der Begründung zum Flottengesetz ausgeführt wird, daß man auf neue Steuern verzichten könne, führt der Zeitungsgeheimrat in der „Post“ zur Beruhigung in finanzieller Beziehung umgekehrt an, daß nach Ablauf der Handelsverträge man neue Einnahmen zu erwarten habe aus der alsdann stattfindenden Erhöhung der landwirthschaftlichen Zölle. Die Zölle scheinen also die Begründung nicht zu den Steuern gerechnet zu haben. Eine Brotpreiserhöhung durch höhere Getreidezölle im Interesse des Marineetats, das sind unsere Aussichten!

Den Trennungsschmerz von Herrn v. Bobbelski scheinen die Konservativen noch nicht überwunden zu haben. Die konservative Reichstagsfraktion rechnet den neuen Staatssekretär des Reichspostamtes immer noch zu den Ihrigen. Es ist ihr der spähhafte Irrthum passiert, den Namen des Staatssekretärs unter den Unterzeichnern des Initiativentwurfes mit aufzuführen, der Abänderungen und Ergänzungen der Straf- und Zivilprozessordnung (Nachricht) sowie die Bestrafung wissenschaftlich falscher unberechtigter Aussagen herbeiführen will. Der Name des Ministers prangt zwischen dem des Herrn von Bloch und des Dekonominerrathes Rettich. Offenbar ist eine alte Fraktionsliste gedankenlos abgeschrieben worden.

In der Sache Normann-Schumann war Bebel vor die Staatsanwaltschaft geladen, um in ihrer Anklage gegen Normann-Schumann wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch seine Artikel im „Memorial Diplomatique“, als Zeuge vernommen zu werden. Ferner wurde Bebel mitgetheilt, daß der Oberstaatsanwalt die von Normann-Schumann wider ihn eingereichte Denunziation wegen Meineides als unbegründet zurückgewiesen habe.

Die Auseinandersetzungen zwischen Konservativen und Antisemiten gehen fort. Liebermann vor Sonnberg ging dieser Tage in einer Berliner Rede wieder scharf gegen die konservative Partei vor. Das sächsische Ordnungskartell sei eine verbrecherische Gründung, die in der Geschichte bisher beispiellos dasthe. Planmäßig habe man die Antisemiten, die nach statistischen Feststellungen nächst der Sozialdemokratie am meisten Anhang in der Wählerschaft haben, an die Wand gedrückt. Zum Ueberfluß habe man noch von konservativer Seite die Verleumdung ausgeprengt, es sei ein Bund zwischen Sozialisten und Reformern geschlossen worden. Für das Vorgehen in Sachen würden die Konservativen im ganzen bei den nächsten Wahlen zu hüpfen haben. Neuerdings hätten die Konservativen bei der Wahl in der Westpreignitz dasselbe verbrecherische Spiel getrieben, indem sie die Antisemiten als Verbündete des Freisinn hinstellten. Die Zeit, wo eine Art Fühlung zwischen Reformern und Konservativen herrschte, sei längst vorüber, heute sei der Kampf in Permanenz erklärt. Die Verantwortung dafür treffe die Konservativen, die ihn begonnen. Ein Ende des Krieges sei nur unter der Voraussetzung möglich, daß die Konservativen den Frieden verlangen und die Kriegskosten bezahlen. Um so liebenswürdiger sprach sich Liebermann über den Bund der Landwirthe aus. Auch das Zentrum behandelte er glimpflich. Dagegen sollen die Liberalen und die Sozialdemokraten scharf bekämpft werden.

Bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien und Sozialisten würden die Antisemiten in jedem Falle für die Ersteren eintreten. Schließlich streifte der Redner noch das Verhalten der Berliner Antisemiten bei den nächsten Wahlen. Nach dem durch Schaffung einer umfassenden Organisation die Einigkeit hergestellt sei, habe man in Berlin die Aufstellung einer antisemitischen Kandidatur für alle Wahlkreise in Aussicht genommen.

Die Kandidaturen in Berlin würden nur zu einer glänzenden Blamage für die Liebermann'sche Gesellschaft führen. Daß die Herren in Stichwahlen für andere bürgerliche Parteien eintreten wollen, war von ihnen natürlich anders zu erwarten.

Die Freisinnigen unter sich. Auch die bösen Lehren von Oldenburg-Blöb haben die Zwistigkeiten zwischen den feindlichen Brüdern der freisinnigen Volkspartei und der freisinnigen Vereinigung nicht zurücktreten lassen. Vielmehr nimmt der Ton, in dem die beiden Gruppen sich einander anreden, immer lieblichere Anzuehn an. So liest man jetzt beispielsweise im „Berliner Tageblatt“ folgende Epistel gegen Eugen Richter:

„Die „Freisinnige Zeitung“ ist unverbesserlich. Das Lügen ist ihr bereits zur andern Natur geworden, daß sie es nicht mehr lassen kann. Sie hatte behauptet, daß das „Berliner Tageblatt“ ein Organ der Freisinnigen Vereinigung wäre. Wir antworteten mit der Erklärung, daß wir weder das Organ der „Vereinigung“ noch der „Volkspartei“ seien, und die „Freisinnige Zeitung“ nahm von dieser Erklärung ausdrücklich Akt. In ihrer heutigen Nummer bezeichnet dieses Blatt uns gleichwohl wieder als das „Hauptorgan der freisinnigen Vereinigung.“ Frecher kann man nicht gut der Wahrheit in's Gesicht schlagen. Das Wort „freisinnig“ aber, mit dem jenes Blatt sich zu schmücken die Stirn hat, wird durch solch gewohnheitsmäßiges Lügen auf das ärgste diskreditirt, wie ja die ganze Thätigkeit jenes Organs den Zweck zu haben scheint, den entschiedenen Liberalismus in Deutschland völlig zu ruiniren.“

Eugen Richters Gegenrede ist natürlich mindestens ebenso heftig. Vor einem derartig „geintem“ liberalen Bürgerthum brauchen sich die Junker und Junker allerdings nicht zu ängstigen, wie Bloch-Oldenburg schon gezeigt hat.

Der glänzende sozialdemokratische Sieg in Nürnberg hat die „Kreuzzeitung“ sehr erbittert. Dieselbe bemerkt gallig:

„Auf diesen Sieg wird die Umsturzpartei sich um so mehr zu Gute thun, je weniger Erfolge sie während der letzten Jahre im Allgemeinen hat erringen können, und es wäre fleischlich, die Bedeutung der Thatfachen gerade in diesem Augenblick, wo wichtige Fragen des nationalen Daseins zur Erörterung stehen, zu bestritten. Nur soviel tiefe sich allenfalls im einschränkenden Sinne sagen, daß Nürnberg von jeher ein Sitz des äußersten Radikalismus gewesen ist, und daß das Ergebnis der Wahl deshalb nicht als etwas Neues, sondern nur als Bestätigung dessen erscheint, was man schon längst gewußt. Um so weniger aber war gerade in diesem Fall auf einen Umsturz zu rechnen, als die jüngsten Vorgänge in Bayern, namentlich auch die mehrermähnten „Wanderverdebatten der dortigen Abgeordnetenämter“ sowie die in die „Preußenheide“ im Lande, wie sich von selbst versteht, nur als Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie habe wirken können, weil diese nun einmal, allen Wettbewerbungsversuchen zum Trotz, für diejenige Richtung gilt, zum Trotz für diejenige Richtung, bei der die der Preußenheide zu Grunde liegenden „Ideen“ und „Bestrebungen“ am reinsten und ungemischtesten zum Ausdruck gelangen, so daß Jeder, der sich ihr anschließt, sicher ist, vor die „rechte Schenke“ zu kommen. Namentlich das Centrum wird, wie uns scheint, allen Grund haben, von seinem besonderen Standpunkt über die Tragweite dieser Entwicklung nachzudenken, denn von dieser Seite ist Alles geschähen, um der Sigmund'schen und bauerständischen Preußenfresserei und Reichsfeindschaft die Wege zu ebnen.“

Auf die Wirkung der Marinefrage prüft die „Frankfurter Zeitung“ das Wahleresultat und kommt — da auch der freisinnige Kandidat, der erst entgegenkommende Erklärungen über die Marinevorlage abgegeben hatte, um die nationalliberalen Stimmen für sich einzufangen, nach Erscheinen der Vorlage erklärt hatte, daß ganz Volk sei dagegen — zu dem Schluß, daß das Wahleresultat ein vernichtendes Urtheil für die Flottenvorlage darstelle:

„Von rund 33 500 abgegebenen Stimmen können nur die 705 Konservativen (etwa 2 Proz.) mit Sicherheit für die Vorlage in Anspruch genommen werden, während alle anderen Parteien Stellung gegen die Vorlage genommen haben und zwar die siegende Partei ebenso wie die demokratische in der schärfsten Form. Soweit die Nationalliberalen abgestimmt haben, scheinen auch sie einen Marinegegner den Vorzug gegeben zu haben. Ohne Zweifel kommt in diesem Gesamteresultat die Stimmung zum Ausdruck, die gegenwärtig im Süden herrscht. Die Nürnberger Wahl verdient deshalb als Stimmungsausdruck weitgehende Beachtung auch da, wo man mit ihrem Resultat nicht einverstanden ist.“

Das vollständige Wahleresultat ist nach der „Frankf. Tagespost“: Vertel (SD.) 20 179, Warbeck (Freis.) 11 553, Heigl (Demokrat) 959, Deibel (Konf.) 884 und Heim (Z.) 621 Stimmen; 113 Stimmen zerstückelten sich. Es stehen also 20 179 sozialdemokratische gegen 14 130 gegnerische Stimmen — ein Mehr von 6049!

Einen interessanten Prozeß haben die Leipziger Genossen in erster Instanz durchgeföhrt. Der Ortsvertrauensmann unserer Partei für Köckern hatte mit dem Besitzer des Gasthauses „Zur goldenen Krone“ einen Vertrag schriftlich geschlossen, nachdem derselbe unserer Partei seinen Saal jederzeit zur Verfügung stellen und im Weigerungsfalle 1000 Mk. Konventionalstrafe zahlen mußte. Als er zum 18. März d. J. den Saal verweigerte, wurde er verklagt auf vorläufige Zahlung von 450 Mk. und das Landgericht verurtheilte ihn auch jetzt zur Zahlung dieser Summe. — Das Urtheil darf man sich für die Reichstagswahlzeit scharf einprägen.

Oesterreich-Ungarn.

Abrahamowicz und seine Kampagne erhalten ihre ungeleglichen Vergeltungsmaßnahmen aufrecht. Bei der Diätenauszahlung für November erhielten die ausgeschlossenen sozialdemokratischen Abgeordneten die Diäten für den 26., 27. und 28. November nicht. Auf eine Anfrage wurde ihnen mitgetheilt, daß der Abzug auf Verfügung des Präsidiums erfolgt sei.

Die betreffenden Abgeordneten werden im Klagewege ihre gesetzlich begründeten Ansprüche geltend machen.

Die parlamentarische Situation ist noch äußerst verworren und harret der Lösung. Ob Herr von Gautschi genügend Geschicklichkeit besitzen wird, sie zu entwirren, muß er erst beweisen. Er findet eine Majorität vor die ihm, nach Allem zu schließen, das stärkste Vertrauen entgegenbringt, und er hat auf der anderen Seite eine Minorität, die bis auf's Tiefste verletzt ist und trotz aller Beschwichtigungsversuchen dennoch gezwungen wird, bis an's Ende zu sehen. Die Evidenz der Majorität, die über ihre Niederlage furchbar erbittert ist, wird dem Minister am meisten Kopfzerbrechen verursachen. Obwohl es unglücklich klingt, ist es doch wahr, daß der parlamentarische Präsident Abrahamowicz sich weigert, sein Präsidentenamt niederzuliegen und freudig hat es so gerichtet angefaßt, daß die Frage der Erhebung des Präsidiums nicht mehr eine persönliche Frage dieses künftigen Landes ist, sondern eine Frage der gesammten Majorität, von deren Entschlüssen das Präsidium seine Entscheidung abhängig macht. Die Frage ist aber trotzdem nicht schwer zu lösen. Die Regierung braucht nur die Schließung des Hauses zu verfügen, wodurch die Mandate des Präsidiums erlöschen, und es einen Tag später wieder eröffnen zu lassen. Bei einer neuen Wahl ist die Wiederwahl der Bereiter Abrahamowicz und Genossen so gut wie ausgeschlossen; diesen herostratischen Muth bringt kein Mensch im Parlament auf. Aber die Voraussetzung ist, daß die Regierung will. Man vermuthet aber, daß der Abrahamowicz gerade von der Hofburg aus zum Weichen aufgefordert wird.

Die Stimmung auf der Rechten wird zusehends erregter; die Bekämpfung des ersten Augenblicks weicht einem gewissen Trotz, der sich brohend gegen die kommende Regierung erhebt. Die parlamentarische Kommission der Rechten hat eine Resolution beschlossen, die die „Einigkeit“ aller Parteien der Rechten mit folgenden Worten feststellt: „Die Majorität, einzig in den im Adressentwurf niedergelegten Grundätzen, beschloß einstimmig, für den Fall irgendwelcher Verhandlungen diese nur durch die offizielle Repräsentanz der Majorität im Sinne des Organisationsstatuts zu führen.“ Der Resolution stimmten auch die Abgeordneten Depauli und Ballinger bei, jedoch mit dem Vorbehalt, daß sie an der Nothwendigkeit einer Verständigung mit der deutschen Minorität festhalten.

Der Schwerpunkt der Lage liegt jetzt also, wie wir schon betonten, ganz eigentlich darin, die jetzige „Majorität“ aufzulösen, um die Möglichkeit einer natürlichen Gruppierung der Parteien zu ermöglichen. Ob Herr v. Gautschi der Politiker ist, der Ehrlichkeit mit Geschicklichkeit paart — denn mit den Bierhändlerlisten des Baden ist die Sache nicht zu richten — muß noch sehr abgewartet werden. Unter all den schrecklichen Nachwirkungen der Badenschen Wirthehaft ist es die traurigste, daß alle ersten Interessen vorläufig zurückgestellt werden und man abwarten muß, bis die qualvolle Brandung der nationalen Gewässer abgelaufen ist.

Die Sozialdemokraten werden mit mißtrauischer Aufmerksamkeit den Gang der Dinge verfolgen und aufpassen, daß sie nicht überzumpelt werden.

Trotz einiger Erfolge des Ministeriums Gautschi scheint sich die Lage noch mehr zu verwickeln. Das ungarische Ministerium Bauschy muß nun seine Zusage, dem ungarischen Parlamente eine selbstständige Regelung der Ausgleichsvorlage vorzuschlagen, erfüllen. Die Vorschläge des Ministeriums können aber die Vertreter der äußersten Linken, die die völlige Trennung von Oesterreich anstreben, nicht befriedigen, sie wollen deshalb die Mittel äußerster Obstruktion anwenden, so daß es dazu kommen kann, daß das Ausgleichsprovisorium in keiner der beiden Reichshälften in gesetzlicher Form zu Stande kommt. Das wäre die stärkste Erschütterung des Dualismus, die überhaupt denkbar wäre, aber gleichzeitig eine schwere Schädigung des Parlamentarismus in beiden Reichshälften.

Auch die Situation in Böhmen ist trotz der äußerlichen Beruhigung Prags ungünstiger geworden. Die Prager Szenen wiederholten sich in einer Reihe anderer Städte, so daß die Verhängung des Standrechts über eine Reihe anderer Städte in Aussicht genommen wird.

Die Rechte, die nun fürchten muß, daß das wahrscheinliche Scheitern der Ausgleichsvorlage ihr zur Last gelegt werden wird, will in den Rücktritt des von Abrahamowicz und Kramarcz vom Präsidium des Abgeordnetenhauses einwilligen, und die Polen scheinen bereit zu sein, zur Regierung in ein freundliches Verhältnis zu treten und damit den eisernen Ring der Mehrheit des Abgeordnetenhauses zu sprengen.

Bezweifelt muß aber werden, daß das Ministerium Gautschi sich der Schwierigkeit der Situation gewachsen zeigen wird.

Belgien.

G. van Beveren gestorben. Aus der Stadt Gent kommt die Trauerbotschaft, daß am Freitag Morgen 9¼ Uhr der Parteigenosse Edmund van Beveren nach langer leidensreicher Thätigkeit gestorben ist. Er war ein hervorragender Organisator und nach dem Zeugniß des Parteigenossen Dr. Vindt, einer jener Tapferen denen die Partei nie genug Dank bezeigen kann. Mit Ansees zusammen, den er durch seine Agitationen in den Jahren 1874 bis 1876 in die Bewegung gezogen hat, gründete er in Gent die Zeitung „Der Volkswille“ und seit 1886 ist das Leben van Beverens und Ansees zugleich das eben der Geneter Arbeiter-Organisationen gewesen, insbesondere des „Boortuit“, einer der blühend-

nen Unternehmungen der belgischen Sozialdemokratie. Ferner ist das Ausfließen der sozialistischen Bewegung in Nordfrankreich, insbesondere in Roubaix und Lille, vorzugsweise der Agitation von Beverens zu danken. Er war von Profession Weber und hat ein Alter von über 50 Jahren erreicht. Kleiner und kleiner wird der Kreis Derer, die in Belgien wie in den anderen Kulturländern das Samenorn des Sozialismus zuerst ausgestreut und unter unglücklichen Mühen und Opfern sein Keimen überwacht und gefördert haben, so daß es sich zu dem weltumspannenden Baume entfalten konnte, den keine Macht mehr zu entwarzen vermag. Es sei der Stolz der jüngeren Generation, durch treue, selbstlose Arbeit für die Verwirklichung des Sozialismus nachzuweisen den Bahnbrechern der neuen, besseren Zeit, zu denen auch Edmund van Beveren gehört hat.

Spanien.

Ein Anarchistenprozeß in Barcelona. Wegen Verübung eines Dynamitverbrechens waren im vorigen Jahre die beiden Arbeiter Francisco Callis und Manuel Enrique vom Militärgericht zu Barcelona zu 25jähriger Zwangsarbeit verurteilt worden. Sie waren beschuldigt, in einem Gesellschaftshaus der Vinstraße eine Bombe niedergelegt und diese von außen zur Entladung gebracht zu haben; die Explosion richtete erheblichen Schaden in dem Hause an, doch wurde kein Mensch getötet oder schwer verwundet. Die beiden Angeklagten waren im Verein mit etwa zwanzig anderen Arbeitern als mutmaßliche Thäter verhaftet worden und nach zweiwöchentlicher Haft erfolgte deren Verurteilung auf Grund des Eingeständnisses des Callis, der auch Enrique als Mitthäter angab. Nachdem nun aber Callis zur Verbüßung seiner Strafe nach Afrika gebracht war, veranlaßte er einen Rechtsanwalt in Barcelona die Wiederaufnahme des Verfahrens zu betreiben, da er selbst, sowie Enrique völlig unschuldig an der Dynamitthat sei. Als er in dem Festungsgewächshaus zu Montjuich in Untersuchungshaft war, habe man ihn durch Anwendung von Folterwerkzeugen, durch Hunger oder durch Verabreichung salziger Fische als Nahrung für eine ganze Woche ohne jeden Tropfen Wasser dazu gezwungen, sich selbst als Thäter anzugeben und auch Enrique zu bezichtigen. Er habe dies darauf dem Untersuchungsrichter, ganz wie dieser verlangte, zu Protokoll gegeben, woraufhin sofort durch eine kaum zweistündige Verhandlung des Militärgerichts seine Verurteilung erfolgte. Trotz dieser Erklärungen aber hatte bis zum Rücktritt des konservativen Ministeriums das Gericht zu Barcelona die nochmalige Verhandlung des Prozesses abgelehnt, und erst auf wiederholte nachdrückliche Mahnungen der Advokatenkammer und verschiedener politischer Vereine aller Parteien richtungen hin ordnete der Justizminister des jetzigen liberalen Kabinetts die Wiederaufnahme des Prozesses an. Diefelbe fand nun auch in voriger Woche in Barcelona unter einem Angebot von 110 Zeugen statt, wobei es der Staatsanwaltschaft nicht gelang, auch nur den geringsten Schuldbeweis für die Thäterschaft der beiden Angeklagten an dem Dynamitverbrechen zu erbringen. Dagegen bezeugten zehn damalige Mitgefangene des Callis, daß dieser in Folge der über ihn verhängten Qualen während seiner Untersuchungshaft vollständig gebrochen war. Das Gericht ließ daher schon am zweiten Verhandlungstage den Angeklagten Enrique ohne Weiteres frei und Callis mußte schließlich aus Mangel an jedem Beweise ebenfalls freigesprochen werden.

Die Weihnachtssendungen betreffend. Das Melchior-Buchamt richtet auch in diesem Jahre an das Publikum das Ersuchen, mit den Weihnachtssendungen bald zu beginnen, damit die Paketmassen sich nicht in den letzten Tagen vor dem Feste zu sehr aufhäufeln, wodurch die Buntlichkeit in der Beförderung leidet. Die Pakete sind dauerhaft zu verpacken. Dünne Pappkasten, schwache Schachteln, Zigarettentuben sind nicht zu benutzen. Die Aufschrift der Pakete muß deutlich, vollständig und haltbar hergestellt sein. Kann die Aufschrift nicht in deutlicher Weise auf das Paket gesetzt werden, so empfiehlt sich die Verwendung eines Blattes weißen Papiers, welches der ganzen Fläche nach fest aufgeklebt werden muß. Bei Fleischsendungen und solchen Gegenständen in Wein- und Bierpackung, welche Feuchtigkeit, Fett, Blut u. dgl. abgeben, darf die Aufschrift nicht auf die Umhüllung gesetzt werden. Am zweckmäßigsten sind gedruckte Aufschriften auf weißem Papier. Dagegen dürfen Formulare zu Post-Paketadressen für Paketanschriften nicht verwendet werden. Der Name des Bestimmungsortes muß stets recht groß und kräftig gedruckt oder geschrieben sein. Die Paketanschrift muß sämtliche Angaben der Begleitadresse enthalten, zutreffenden Falls also den Frankovermerk, den Nachnahmebetrag nebst Namen und Wohnung des Abenders, den Vermerk der Güterbestellung u. s. w., damit im Falle des Verlustes der Begleitadresse das Paket auch ohne dieselbe dem Empfänger ausgehändigt werden kann. Auf Paketen nach größeren Orten ist die Wohnung des Empfängers, auf Paketen nach Berlin auch der Buchstabe des Postbezirks (C., W., S.) u. s. w. anzugeben. Zur Verkleinerung des Vertriebes trägt es wesentlich bei, wenn die Pakete frankirt ausgegeben werden; die Vereinigung mehrerer Pakete zu einer Begleit-Adresse ist thöricht zu vermeiden.

Selbstmord. Am Sonntag Morgen machte ein junger Mann von einer hiesigen Handlungshaus seinem Leben durch Ertränken im Mälentrich ein Ende.

Arbeiterisiko. Am Sonnabend stürzte der Arbeiter Köhler auf der Schiffswerft von Henry Koch von einer Stellage. Wie wir hören, hat derselbe anscheinend schwere innere Verletzungen erhalten.

Für die streikenden Maschinenbauer Englands sind bei dem Genossen Legien u. A. eingegangen:

- von den Töpfern Lübecks 10, — Mk.
- „ Schneidern „ 18, — „
- „ Allg. Arbeiter-Verein Moisling 20, — „
- „ Tabakarbeiter Lübecks 23,55 „

Circus Variété. Welche Anziehungskraft genanntes Etablissement besitzt, bewies wieder einmal die letzte Sonntagsvorstellung. Bereits eine Stunde vor Anfang der Vorstellung war der Circus ausverkauft, so daß viele Personen genötigt waren, wieder umzukehren. Die Leistungen der einzelnen Künstler sind auch so großartig, daß es nur zu empfehlen ist, sich diese Serie anzusehen. Es ist bereits schon auf die Einzelheit bez. Programms hingewiesen, so daß es hier erübrigt, näher darauf einzugehen. Alles wurde mit sitzungsmäßigem Bravissimo hingeworfen. Sehenswert sind speziell die lebenden Photographien. Auf die am 10. Dezember stattfindende Wohltätigkeitsvorstellung machen wir besonders aufmerksam.

Feldwege-Pfandregister für den Feldweg, genannt „die Trift“, in der Wegegemeinde Brodten. Der von den Gemeinde-Verordneten angefertigte Entwurf zu dem Feldwege-Pfandregister für den Feldweg, genannt „die Trift“, in der Wegegemeinde Brodten liegt im Hause des Vorsitzenden des Gemeindevorstandes, Hufners C. S. Kröger zu Brodten, vom 6. bis 20. d. Mts. zu Jedermanns Einsicht aus. Solches wird bekannt gemacht, mit der Aufforderung: daß Alle, welche gegen die Wichtigkeit dieses Feldwege-Pfandregisters Einwendungen machen wollen, solche innerhalb vier Wochen, vom 2. Dezember an gerechnet, beim Polizeiamte als Wegebeförderung anzubringen haben, widrigenfalls sie damit bei Festsetzung des Registers nicht weiter gehört werden sollen.

Hamburg. Ganz anders als die gewerksmäßigen Lohndelereien der hiesigen Präorgane lauten die unbefangenen Urtheile in auswärtigen Zeitungen über den verstorbenen „Kunstmalter“ Pollini. So schreibt man z. B. dem „Hann. Cour.“ aus Hamburg: „Pollinopolis“ liegt hinter uns — die „Aera Pollini“ hat ein jähes Ende genommen und ist nunmehr abgeschlossen! Das Bangen um den rechten Erfolg in der hiesigen Lokalpresse, es hat aber nur einen Sinn, wenn wir annehmen, daß der Hamburger instinktiv bei diesem Todesfalle fühlt, wie sein im Grunde merkantiler Geist eigentlich einen industriellen Bühnenleiter als das ihm Adäquate und Kongeniale im Stillen voraussetzte, und daß im Falle Pollini, (geb. Baruch Bohl), eben ein also gerichtetes Bedürfnis den entsprechenden Mann und das geeignete, zugehörige „System“ seinerzeit gefunden hatte. Sonst kann man ja nicht eben sagen, daß das von dem „großen Handelsmann des Nordens“ inaugurierte, großkapitalistische Bühnen-Monopol der Kunst als solcher von besonderem Vortheil gewesen sei. Was hier die offiziellen Retrologe, offiziöse Trauerreden so empatisch „Opfer“ nennen, die der Verstorbene dem Glanz seiner Oper oft gebracht und gar niemals geschweht habe, es war doch nur planvolle Kapitalanlagel! — Und in der „Köln. Ztg.“ heißt es: „Ueber ganz Europa spannte Pollini seine Fäden; immer auf der Suche nach Neuem, nach Sensationen, diente er dem eigenen Vortheil, indem er dem Publikum diente. Nachdem er 1874 das Hamburger Stadttheater übernommen, zog er das benachbarte Stadttheater von Altona in den Kreis seiner Thätigkeit, für seine Künstler freilich ein Danaergeschenk: Feiertage gab es von nun an für sie nicht mehr. Wurde im Stadttheater eine Oper gegeben, so beschäftigte er seine Schauspieler nach dem Grundsatz: Müßiggang u. s. w. in Altona. 1895 kaufte er von dem alten Maurice das Thalia-Theater. Vom Schauspiel verstand er eben nicht viel, und mit dem Thalia-Theater hatte er sich eine Last auf die Schultern geladen, die ihn drückte. Als wenn nicht auch das Schauspiel einen ganzen Mann verlangte. Für ihn aber war das Schauspiel nur ein Nebenher, ein fünftes Rad am Wagen. Es war ihm mit dem

Erwerb des Thalia-Theaters mehr um das Theater-Monopol in Hamburg, als um die Kunst und die Tradition dieses Hauses zu thun.“

Hamburg. Ein Raubmord in Winsen an der Lube. Die Malerwitwe Schula in Winsen a. d. Lube wurde gestern Morgen um 6 Uhr in ihrer Wohnung in einer Muffache liegend ermordet aufgefunden. Es ist festgestellt, daß es sich um einen Raubmord handelt. Der Thäter verdächtig ist der Stiefsohn der Ermordeten, der frühere Webermeister Karl Heddebrügge, geboren am 13. Mai 1863 in Geesthacht. Die etwa 11-jährige Tochter Heddebrügges hörte gestern Morgen gegen 6 Uhr einen Wortwechsel zwischen ihrem Vater und der Stiefmutter und half darauf Hilferufe der Letzteren in der Küche. Später hat sich Heddebrügge dann aus dem Hause entfernt. Die Frau Schula wurde alsbald in der Küche todt aufgefunden. Um 7 1/2 Uhr Morgens ist Heddebrügge auf dem Bahnhof in Winsen gefangen worden; man nimmt deshalb an, daß er sich nach Hamburg begeben hat. Gestern Abend trafen hier Polizeibeamte aus Winsen ein, um mit Hilfe der hiesigen Kriminalpolizei den Mörder zu ermitteln. Mehrere Kommissare und Kriminalbeamten machten sich sofort auf den Weg, vermochten aber bisher nichts zu ermitteln. Heddebrügge ist mittelgroß, unterseht, breitschulterig, hat schwarzes, grauelirtes Haar, dunkle Augen und Augenbrauen, etwas gebogene Nase, kurz geschnittene Vollbart, hervorstehende Backenknochen, etwas gebeugte Haltung. Zur Zeit der Flucht war er bekleidet mit einem dunkelgrünen Jacket, Leberzieher, braunem Hut und Lederstiefeln.

Hamburg. Ein gemeiner Streich! „Der Kassierer der sozialdemokratischen Unterstützungs-Kasse der Maurer Deutschlands in Hamburg ist mit der ganzen Kasse durchgebrannt, seine Familie in dürftigen Verhältnissen zurücklassend. Am Tage vorher soll dieser unglückliche Kassierer noch mit Seinesgleichen ein großes Wein- und Lager abgehalten haben.“ „Die Maurer Deutschlands haben das Nachsehen.“ wird in bedauerndem Tone hinzugefügt. So oder so ähnlich posieren bürgerliche Blätter mit großem Behagen in die Welt hinein. Das „Wiesbadener Tagblatt“ leistet sich noch ein Uebriges und bringt im Annoncen-Beilagen, nachdem es in einer ziemlich konsulenten Notiz der staunenden Welt diese neueste Schaudermärchen verhandelt, folgendes Inserat:

„Den Maurern Deutschlands sage bei meiner Abreise von Hamburg ein herzliches Lebewohl!“

Der Kassierer der organisierten Maurer.“ Dies nichtswürdige Nachwort bürgerlicher Preßlosaken richtet sich selbst. Der Verbandshauptkassierer der Maurer Deutschlands ist immer auf seinem Posten und hat gar keine Ursache, nach berühmten ordnungsparteilichen Mustern durchzubrechen, denn seine Kassenangelegenheiten sind in bester Ordnung. Der schamlose Hube, der das ähnl. Inserat veranlaßte, verdiente in der That, daß einige kräftige Maurerkassierer ihm seine Nichtsnutzigkeit fühlbar machten!

Hamburg. Von der Dame Justitia. Der Produktenhändler Christoph Schäfer wurde gestern von der Strafkammer des hiesigen Landgerichts wegen wiederholten Sittenverbrechens zu neun Monaten Gefängnis verurtheilt. Der Staatsanwalt Assessor Dr. von Oldershausen beantragte die sofortige Verhaftung des Verurtheilten wegen Fluchtverdachts. Das aus dem Landgerichtsdirektor Dr. Niecke und den Landrichtern Dr. Govers, Dr. Engelschall, Dr. Lamprecht und Dr. Framheim bestehende Gericht lehnte jedoch den Antrag des Staatsanwalts ab. — Als unser Genosse Stenzel wegen Preßvergehens zu 8 Monaten Gefängnis verurtheilt worden war, beschloß das Gericht unter Vorsitz des Herrn Landgerichtsdirektors Dr. Niecke die sofortige Verhaftung Stenzels, ohne daß der Staatsanwalt einen diesbezüglichen Antrag gestellt hatte. Zwischen „Preßverbrecher“ und Sittensverbrecher scheint danach Dame Justitia einen großen Unterschied zu machen.

Bremen. Unterschlagung. Der 26-jährige Buchhalter Hermann Jakobi, der bei der Tabakfirma Reinhold Bardecker angestellt war, ist nach Unterschlagung von 93 000 Mk. flüchtig geworden. Jakobi ist das Opfer eines bodenlosen Leichtsinns geworden. Das meiste Geld soll er an der Londoner Börse verspielt haben. In der Hoffnung, das Verlorene durch neue Engagements wieder zu ersetzen, griff er immer von Neuem das durch seine Hände gehende Geld an. Er scheint in ähnlicher Weise wie seiner Zeit Betters operirt zu haben, indem er den Geldverkehr zwischen seiner Firma und dem Geldmakler für seine Verirrungen nutzbar machte, bis er diese endlich nicht mehr verheimlichen konnte. Man hat die Spur des Flüchtlings, hinter dem ein Steckbrief erlassen ist, noch nicht ermittelt.

Elmsborn. Die Erjagwahl für den zum Stadtrath gewählten Peter Asmussen an Stelle des bisherigen Herrn Petersen findet am Mittwoch, 29. Dezember statt. Seitens des Sozialdemokratischen Wahlvereins ist der Vorstand beauftragt, zu der Kandidatenfrage Stellung zu nehmen und demnächst hierüber zu berichten. Seitens der bürgerlichen Parteien will man Herrn Deuermann, welcher am 12. November nicht wieder gewählt wurde, aufstellen. B. ist derjenige Kandidat, welcher die meiste Aussicht von bürgerlicher Seite haben dürfte, zumal man jetzt alles aufbieten will, um die Wahl eines weiteren Sozialdemokraten zu verhindern. Seitens unserer Partei wird alles daran gesetzt werden, den Sieg zu erringen.

Lübeck und Umgebung.

5. Dezember.

Wie werden sozialdemokratische Preßlinder behandelt? Unser Dortmund der Parteiorgan schreibt: „Aus einem Schreiben der Gefängnisverwaltung zu Herford erfahren wir, daß unserem inhaftirten Kollegen, dem Genossen Reichstagsabgeordneten Dr. Lütgenau die Selbstbeschäftigung verweigert worden ist! Welch' angenehme Arbeit dem Genossen Lütgenau überwiehen wurde, wissen wir nicht; nach seinen Mittheilungen aus den ersten Tagen nach dem Straftritt wurde er mit Bureauarbeiten beschäftigt. Einem Manne, der stets nur geistige Arbeit verrichtet hat, einem Reichstagsabgeordneten, einem wegen eines politischen Vergehens, wegen Majestätsbeleidigung Verurtheilten, verweigert der preussische Staat im Gefängnis die literarische Beschäftigung. Als einzige Konzession an die Forderung der öffentlichen Meinung wurde dem Genossen Lütgenau gewährt, die — „Dortmunder Zeitung“ (nat. lib.) zu lesen.“ Glücklicher Lütgenau, der wenigstens noch eine Zeitung, wenn auch national-miserabelsten Kalibers, lesen darf! Wie geht es denn unseren Redakteuren, die auf „Besserung“ internirt sind? Bureauarbeit? — Ja, das ließe man sich noch gefallen! — Aber den „rothen“ Verbrechern wird sie nicht anvertraut. Wozu schuf denn die allgütige Natur die Kaffeebohnen?? Daß ein an geistige Nahrung gewöhnter Mensch bei alledem verbauert, stumpf, apathisch wird — was schadet's? Und wenn er in dieser Misere krank wird, — ei, zum Teufel! wozu haben wir denn Krankenhäuser? Und Ihr Genossen im Lande fragt: „Weshalb protestirt ihr nicht dagegen? Weshalb stellt ihr nicht den Antrag oder fordert in der Presse, daß Eurem Freunde z. B. gestattet werde, in seiner unfreiwilligen Muffe die englische Sprache zu studiren oder dergl.? — Freunde! Beruhigt Euch! Wir wollen Euch Alles verrathen: Wir leben in einer Republik, und was Ihr seht und hört, ist echt republikanisch!!! Wißt Ihr jetzt, wo Bartel den Wost holt? — Nein? — Nun, dann verzichten wir darauf, Euch eines Besseren zu belehren!

Schwerin. Der Bankdirektor Büsing-Schwerin hat die ihm von den Liberalen angetragene Reichstagskandidatur für den Schweriner Wahlkreis angenommen. — Unser Kandidat ist Genosse Groth-Rostock.

Bereine und Versammlungen.

Eine Mitgliederversammlung des deutschen Schneider- und Schneiderinnen Verbandes, Hauptstelle Lübeck, tagte am Montag im Vereinshaus. Zum 1. Punkt der Tagesordnung, Zwangsinnungen, erhielt Genosse L. H. Schwarz das Wort. Er hält es für notwendig, daß diese Frage einmal diskutiert werde. Es ist heute trotz aller Fleiß dem Handwerker unmöglich, vorwärts zu kommen. Wenn der Handwerker noch gut dastand zur Zeit der alten Hantel, vor 1848, so ist es in der neueren Zeit unmöglich geworden, die alte Kunst aufrecht zu erhalten, und so spürt es sich denn seit dem Jahre 1848 immer mehr zur Auflösung der alten Innungen an, welche denn auch im Jahre 1888 durch Einführung der Gewerbefreiheit ihren Werth gänzlich verloren hat. Zwar wollten die alten Innungsmeister von den Erneuerungen durchaus nichts wissen, aber allmählich mußten sie sich mit den neuen Einrichtungen abfinden, denn sie mußten doch gewahr werden, wie das Handwerk von Jahr zu Jahr in's Fabrikmäßige überging, wo ein Jeder seine Kraft und Kenntnisse so gut ausnützte, wie es nur geht, auch wurden die Innungshandwerker gewahr, daß sie doch auf die Dauer dem Großkapital nicht gewachsen seien. Auch die Arbeiter kümmerten sich nicht mehr um den alten Innungsgeist, sondern gingen dahin, wo sie mehr verdienen konnten, was heißt, ihre Arbeitskraft besser verwerten konnten, trotz, die alte Zwangsherrschaft vom Hals los zu sein. Um nun nicht ganz zu Grunde zu gehen, sing man allmählich an, die Ausbeutung von Lehrlingen zu kultivieren, und wie groß sich diese Lehrlingsgier ausprägt, ergibt folgende Uebersicht: auf 100 Gesellen kommen im Durchschnitt 51,8 Lehrlinge in allen Gewerben,

auf einzelne Gewerbe kommen nach genauer Feststellung: auf 100 Gesellen 117 Lehrlinge bei den Bandagisten, auf 100 Gesellen 128 Lehrlinge bei den Barbieren, auf 100 Gesellen 142,9 Lehrlinge bei den Schleifern, auf 100 Gesellen 182,1 Lehrlinge bei den Schloßern. Es giebt Meister, welche 7—8 Lehrlinge und gar keine Gesellen haben, in verschiedenen Betrieben. Durch diese große Zahl von Lehrlingsausbeutungen kommt es nun, daß viele Lehrlinge sehr ungenügend ausgebildet werden, indem sie auch zugleich zu allen häuslichen Arbeiten gebraucht werden. So kommt es, daß es im Deutschen Reich ca. 80 000 ungenügend ausgebildete Lehrlinge giebt. Ein noch besseres Bild giebt folgende Statistik. Es kommen auf 100 Meistern 36,8 Lehrlinge in allen Gewerben im Durchschnitt. Auf einzelne Gewerbe vertheilt, ergibt sich folgendes Bild: Bei den Nagelschmieden auf 100 Meister 1,7 Lehrlinge, bei den Webern auf 100 Meister 3,2 Lehrlinge, bei den Strickern und Webern auf 100 Meister 7,8 Lehrlinge. Diese sind nun Gewerbe die ihrer Auflösung entgegengehen. Anders steht es mit den Bandagisten, wo auf 100 Meister 101,1 Lehrlinge, bei den Schloßern auf 100 Meister 153,6 Lehrlinge, bei den Buchbindern auf 100 Meister 198,2 Lehrlinge, bei den Banischloßern auf 100 Meister 217,4 Lehrlinge entfallen. Hier sieht man, wie die Lehrlingsausbeutung ihre Blüthe treibt. Die Innungsmeister bieten nun alles auf, um ihre Existenz zu wahren und so wendeten sie sich schon 1881 an die Regierung um Beschäftigung des Handwerkers und Einführung des Lehrlingszwanges, welches und dergleichen mehr. Auch 1884 kamen sie mit den Forderungen, wurden aber von der Regierung abschlägig beschieden. Heutzutage ist es nur noch ein kleines Häuflein, das sich durch das Innungswesen zu retten denkt, denn es sind im Deutschen Reich nur noch 10 Prozent der Meister in den Innungen, die anderen 90 Prozent der Handwerker wandeln eine andere Bahn. Da nun die Regierung steht, daß die Sozialdemokratie immer größere Dimensionen annimmt, so sieht sie sich doch veranlaßt den Forderungen der Handwerksmeister in Einigem Nachgiebig zu werden. Zudem ist es einleuchtend, daß die freiwilligen Innungen ihren Werth verloren hatten, stellte die Regierung sich auf den Standpunkt, Zwangsinnungen zu schaffen und sind es annähernd 80 Gewerbe, die diesem Gesetz unterliegen. Es ist dieses nun gar nicht ein solcher großer Nach-

theil für die Arbeiter, sondern den Arbeitern ganz willkommen, denn sie haben nun erst Gelegenheit, das Treiben der Meister zu beobachten und eventuell zu inhibieren. Es ist nun folgendermaßen mit den Zwangsinnungen. Jeder selbstständige Gewerbetreibende muß in diese Innung hinein, und da nun viele von den Kleinhandwerkern schon auf sozialistischem Boden stehen, so werden sie das Treiben der Hantel schon etwas in Schranken halten. Ferner muß neben der Zwangsinnung auch ein Gesellen-Ausschuß bestehen und kann die Innung nichts über die Köpfe des Gesellen-Ausschusses hinweggehen lassen, auch hat in den Innungsversammlungen kein Vertreter des Ausschusses das Recht zugegen zu sein, auch muß alles, was die Innung beschließt von dem Gesellen-Ausschuß genehmigt werden, widrigenfalls es keine Kraft verliert und in den Papierkorb fällt. Ferner ist zum Gesellen-Ausschuß Jeder, der da 21. Lebensjahr überschritten hat, wählbar und wahlberechtigt, wenn er zur fraglichen Zeit keine Verurtheilung empfangen hat und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist. Von 10 000 Innungsmeistern über nur 1100 das Privilegium zum Lehrlingsausbilden aus, weil sie durchweg unfähig zum Ausbilden von Lehrlingen sind. Hiermit schloß der interessante Vortrag. Es wurden noch verschiedene Anfragen an den Referenten gestellt, welche alle zur Zufriedenheit der Versammlung beantwortet wurde. Am 2. Punkt Uebersicht von 29,70 Mark ergeben habe. Hieron wurden 10 Mark den Familien der Beruflichen und 19,70 Mark der Lotteriekasse überwiesen. — Die übrigen Verhandlungen der guldulichen Versammlung betrafen innere Angelegenheiten.

Stadttheater. Die Königl. Hofschauhielerin Fräulein Anna Heinsdorf vom Königl. Schauspielhaus in Berlin, die gestern mit großem Erfolge als „Yud“ im „Sommerstraßentheater“ gastirte, verabschiedet sich morgen Dienstag als „Lena“ in Wildenbruch's modernem Schauspiel „Die Haubenlerche“. Die Künstlerin zählt diese Rolle zu ihren besten und ist somit ein sehr interessanter Abend zu erwarten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Logis mit neuen Betten und neuer Ausstaltung 9 Mark per Woche mit voller Verköstigung Speisehalle Hausa, Mengstraße 24.

Gesucht zum 1. April 1898 eine Wohnung von 3 Zimmern nebst Zubehör, event. mit etwas Gartenland in der Nähe der S. St. Lorenzschule. Off. m. Breisana u. P.S. an die Exped.

Gesucht zu Ötern ein Lehrling bei gänzlich freier Station. Friedrich Nagel, Markt 14.

Züchtige Hausirer finden lohnenden Verdienst Näheres Bahmstraße 51.

Zu verkaufen eine sehr schöne Waschkommode und eine über 1 Meter große Figur, entworfen von Thorvaldsen. Margarethenstraße 7 a.

Billig zu verkaufen ein gut erhaltener Säg- und Liegewagen Vorbeckstraße 23, part.

Zu verkaufen ein guterhalt. Fahrrad Wadensteinauer 98.

Billig zu verkaufen ein guterhalt. Winterpaletot, passend für einen jungen Mann von 18—20 Jahren und ein großer Heftbauer Grönsfordor Allee 108 a.

Hebamme Frau Straatmann wohnt: Adlerstraße 35 c.

Für Lübeck beabsichtige ich die Berechtigung zur Ausübung einer neuen Erfindung auf dem Gebiete der Mechanotherapie zu vergeben. Großartiger Erfolg. Passend auch für Nichtärzte. Die Apparate können in der Privatpraxis, sowie in besonders dafür zu errichtenden Instituten Verwendung finden. Emil Muschik-Droonberg, Hamburg, Kaiser Wilhelmstraße 55.

Passendes Weihnachts-Geschenk.

Uhren aller Art. Uhren aller Art. Durch Zufall eine Partie silberne Herren- und Damen-Remontoir-Uhren v. 10 Mk. an. Goldene Damenuhren von 15 Mk. an. Regulatoren mit Schlagwerk „ 8 Mk. an. Silberne Knabenuhren „ 5 Mk. an. Stand- u. Wanduhren „ 3 Mk. an. Für sämtliche Werke wird 3 Jahre Garantie geleistet.

Netten in großer Auswahl, von 30 Pfg. an. Versandt nach außerhalb franco gegen Nachnahme. Umtausch innerhalb 14 Tagen gestattet.

Reparaturen billigst unter 1jähriger Garantie.

Johannes Probst, Lübeck, Hinter der Burg 5—7, nahe am Burghof, bei d. großen Burgrstr.

Einem geehrten Publikum Lübecks und Umgegend hiermit die ergebene Mittheilung, daß Herr H. S. Hackradt mit dem heutigen Tage mein **Stabliement**

ELYSIUM

käuflich übernommen hat. Indem ich für das mir bewiesene Wohlwollen bestens danke, bitte ich, dasselbe auch auf meinen Nachfolger zu übertragen.

Hochachtungsvoll **Rud. Hinz.**

Bezugnehmend auf Obiges, bitte ich ein geehrtes Publikum, mir die Herrn **Rud. Hinz** erwiesene Gunst auch ferner zu erhalten. Indem ich stets für gute Getränke und Speisen Sorge tragen werde, halte ich mich einem geehrten Publikum bestens empfohlen.

Hochachtungsvoll **H. S. Hackradt.**

Wöchentlich bringe ich mein **Ball-Vocal** in gültige Erinnerung.

Mit Rücksicht darauf, daß eine größere Anzahl von Konkurrenzfabriken meine seit 17 Jahren eingeführte Marke **FF** nachgemacht haben, theile ich dem verehrlichen Publikum mit, daß ich seit einiger Zeit für meine Marke **FF** die folgende Schutzmarke



habe eintragen lassen. — Ich bitte daher stets nach dem Hübel sehen zu wollen, ob sich diese Schutzmarke daran befindet.

A. L. Mohr, Margarinefabrik.
Altona-Bahrenfeld.

Briefbogen u. Briefumschläge

empfiehlt die Buch- und Papierhandlung von **Friedr. Meyer & Co.** Johannstraße 50.

Zur Kuchen-Bäckerei

empfehle Hirschhornsalz, Pottasche, Mandeln, Succade, Pommeranzenschale, Laurischen Kuchen syrup, feinstes Weizenmehl, Rosen- und Pfirsichwasser sowie sämmtlich Gewürze in tadelloser Qualität. **J. Timm,** Schwartauer Allee 131 a.

Wild, Geflügel,

zerlegt und gepickelt, ff. Land-Speck, 70, 75 und 80 Pf. pr. Pfund. ff. Butter, 1,10 Mk. pr. Pfd. Eier, St. 7 u. 8 Pf. ff. amerikanische und hiesige Äpfel, pr. Pfd. 10, 12, 15, 20 u. 25 Pf. Koch- u. Tafelbirnen, 5, 10, 15, 25 Pf. pr. Pfd. Apfelsinen, pr. St. 5, 6, 8 u. 10 Pf. bei Duzend billiger. Citronen, 3 St. 10 Pf. Datteln, pr. Pfd. 25 Pf., bei 10 Pfd. 22 Pf., sowie Wall-, Hafel- und Cocosnüsse. **Wiederverkäufer billiger.** Zum bedürftigstem Weihnachtsfeste empfehle schöne Tannenbäume billig.

L. Jacobsen, Obst- und Kartoffelhandlung **LÜBECK** 26 Meierstraße 26.

Lübeder 50 Pfg.-Bazar

11 Kupferstraße 11 Großartige Auswahl in **Weihnachts-Geschenken** als Hängelampen, Kronen, Tischlampen, Ampeln, Küchenlampen, Petroleum-Maschinen, Hauswägen u. ferner große Auswahl in **Spielsachen und Tannenbaumschmuck** Tägl. Eingang von Neuheiten. Billigste Preise.

C. Hasse.

Grosse Auction

Heute Dienstag den 7. Dezember, Nachmittags 2 1/2 Uhr in der **Quindstraße 41.**

Ueber: 1 Sopha, Tisch, u. andere Tische, Kleider, schränke, Betten, 1 Sparherd, Schänke, Puppen, Spielzeug, ferner Liqueur- und Bierunterfasser, Eisen- und Zinkgeschloß, ff. Cigarren in verschiedenen Verpackungen, passend zu Weihnachtsgeschenken, Leinwand und Mussische Seife, Normalwäsche für Herren und Damen, Damenknopf-Stiefel, ferner diverse Brodchen, „Der Mensch“, „Der Mensch und seine Rassen“, „Blauen- und Waldgeschichte der Erde“, „Alte Lübeck“, „Deutsche Revolution“, „Gedächtnisblätter“ u. v. n. Gen. m.

J. C. B. Schmehl, Auctionator und Taxator.

Zu Hochzeiten

u. s. w. vermittle billigst meine beliebte **Aristons** und selbstspielende Werke, alle neueste Tische spielend. Musikinstrumente und sonstige Artikel mit Musik in prachtvollen Verpackungen zu billigsten Preisen in **Jack's Musikhaus, Königstr. 96.**

Deutscher Metallarbeiterverband

(Allgemeine Hauptstelle Lübeck.)

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag den 7. Dezember Abends 8 Uhr im Vereinshaus, Johannisstraße 50. Tages-Ordnung: 1. Wahl einer Statistik-Kommission. 2. Fragelasten und Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

Achtung Zimmerer!

Verbands-Versammlung

am Dienstag den 7. Dezember Abends 8 Uhr im Verbandslokal. Tages-Ordnung: 1. Berathung des Lohn- und Arbeitszeit-Tarifs eventuell Aenderungen desselben für die nächste Jahr. 2. Innere Verbands-Angelegenheiten. Um das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder ersucht **Der Vorstand.**

Circus Variété

Reuterkrug. Niemand veräume es, sich die reizenden **Lebenden Photographien** anzusehen, dazu der brillante **sechste Cabinet-Spielplan.** Nur noch wenige Vorstellungen.

Stadt-Theater.

Dienstag: 45. Abm. Vorst. 3. Abth. Geistes und letztes Gastspiel der Königl. Hofschauhielerin **Frl. Anna Heinsdorf** vom Königl. Schauspielhaus Berlin.

Die Haubenlerche.

Schauspiel in 4 Akten von Ernst v. Wildenbruch. **Lena** — **Frl. Heinsdorf** als Gast.

Die Vorgänge in Oesterreich.

Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht ein kaiserliches Handschreiben an den Grafen Badeni, in dem anerkannt wird, daß Graf Badeni unausgesetzt bewiesen habe, daß er nur von dem Wunsche befeuert war, dem Kaiser und dem Staatswohl mit bestem Willen und allen ihm zu Gebote stehenden Kräften zu dienen. Das Handschreiben spricht dem Grafen Badeni den wärmsten und anerkanntesten Dank aus für seine hingebungsvolle Treue in Verfolgung des hohen Zieles seiner mühevollen Arbeit, für den beharrlichen und opferwilligen Fleiß, die eiserne Interesse des ganzen Gemeinwesens (!) sowie für seine loyale Ergebenheit und Anhänglichkeit und versichert Badeni des aufrichtigsten und unwandelbaren kaiserlichen Wohlwollens. Die Verachtung, die das Volk Badeni entgegenbringt, ist ebenso aufrichtig und unwandelbar wie das kaiserliche Wohlwollen.

In Pilsen fanden arge Ausschreitungen statt. Die deutsche Turnhalle und der Pilsener Hof wurden demolirt. Im Rathhaus sind alle Fenster eingeworfen. Der Versuch, das Haus des sozialistischen Abgeordneten Bratny zu demoliren, wurde von den dort zahlreich versammelten Sozialdemokraten vereitelt; es gab zahlreiche Verwundungen, auch wurden viele Verhaftungen vorgenommen. Die Polizei und das Militär gingen energisch gegen die Exzessanten vor. Auch in Prag kam es zu furchtbaren Ausschreitungen. Gegen die als Eigentum von Deutschen gekennzeichneten Häuser wurden Steine geschleudert. Das neue deutsche Theater wurde von Kavallerie besetzt. Die johlende und singende Menge auf dem Wenzelsplatz wurde von Kavallerie mit gezogenem Säbel auseinander gesprengt. Die in die Wassergasse flüchtende Menge wurde von einem Zuge Infanterie mit gefälltem Bajonett zerstreut. Zum Schutze der bedrohten Universitäts-Anstalten sind Wachmannschaften aufgeboden; in die Judenstadt wurde Militär zur Unterstützung abgefordert.

Die Ausschreitungen nahmen im Laufe des Mittwochs Nachmittags größere Ausdehnung an. Auch der jüdische Tempel wurde mit Steinen beworfen und die Fenster zertrümmert. Nach Werschowitz, wohin ein größerer Trupp von Demonstranten zog, wurde Militär geschickt. Um 4 1/2 Uhr Nachmittags waren neun Bataillone in Thätigkeit.

In der Vorstadt Biskow wurde ein Haus angezündet und in Smichow die deutsche Volksschule geplündert. Auf die Wachmannschaft wurde gefeuert, worauf ein Individuum von einem Wachmann angeschossen wurde. Das deutsche Gymnasium auf dem alten Ring wurde geplündert. Die Exzessanten wurden durch Militär und die Wache vertrieben. Gegen 11 Uhr Nachts wurde es ruhiger. Ein großer Theil der Truppen wurde zurückgezogen, jedoch an bedrohten Punkten eine Nachtwache organisiert.

Auch in mehreren Straßen der Stadt wurden die Läden vom Pöbel geplündert und in vielen Gebäuden die Fenster eingeschlagen. Aus einem Kaffeehause wurde das

gesamte Mobiliar auf die Straße geschleppt und dann angezündet. Schließlich drang die Menge in die deutschen und medizinischen Institute ein, zertrümmerte sämtliche Apparate und schleuderte gegen das Militär, das zum Schutze der Gebäude heranrückte, Steine und Glascherben. Der Kommandant wollte den Befehl zum Feuern geben, ließ sich aber durch die Bitte des Polizeifunktionsärs bewegen, noch eine Frist zu erteilen. Heute Vormittag war der Pöbel in den deutschen Studentenverein eingedrungen, wobei ein Student derart mißhandelt wurde, daß er nach der Rettungstation gebracht werden mußte. Die Menge wollte die Station stürmen; der Abgeordnete Fort beruhigte sie indessen und veranlaßte, daß der mißhandelte Student unbehelligt nach dem Krankenhause übergeführt werden konnte. Nach 9 Uhr Abends kam es in dem Vororte Biskow zu einem neuen Zusammenstoße zwischen dem Militär und der Volksmenge, die die dortige Patronenfabrik angreifen wollte. Das Militär gab Feuer, zwei Personen wurden getödtet.

Mit Anbruch der Nacht nahm der Aufruhr immer größere Dimensionen an, so daß die gesamte Garnison von Prag, 17 Infanterie-Bataillone und 2 Kavallerie-Eskadrons aufgeboden wurden. Am meisten wurde in den Vororten Biskow und Weinberge demolirt. Die Menge, die das Polizeikommissariat in Biskow bedrohte, empfing die ankommende polizeiliche Verstärkung mit Revolvergeschüssen. Die Polizei feuerte gleichfalls, worauf die Massen kreischend auseinanderstoben.

Die Revolten in Prag und dessen Umgebung dauerten bis Nachts 11 Uhr fort. Stadt und Vorstädte zeigen arge Verwüstungen. Zahlreiche Geschäftsklokale, alle Cafes und viele öffentliche Gebäude sind geplündert und theilweise in Brand gesteckt. Bis jetzt sind 4 Tödtet und 150 meist schwer Verwundete konstatiert. Das Standrecht mit dem Belagerungszustand ist proklamiert und der Korpskommandant, Graf Grille, zum Militärgouverneur ernannt.

Diese furchtbaren Ausschreitungen des Pöbels von Prag sind wohl geeignet, das Stammen aller Kulturnationen Europas wachzurufen, sie werden überall die rückhaltlose Verurtheilung finden, die sie verdienen. Deutsche Bildungsanstalten werden demolirt, selbst vor ärztlichen Anstalten, die dem Wohle der ganzen Bevölkerung, ohne Unterschied der Sprache dienen, macht die Menge nicht Halt. Arme Wirthe und Krämer kommen um ihre Habe. Solche Ereignisse sind immer zu bedauern, wenn auch wir Sozialdemokraten uns dabei immer objektiv die Frage vorlegen müssen, ob der angeklagte Schaden von den erreichten politischen Vortheilen aufgewogen wird. Hier ist aber der Punkt, wo sich das Staunen über die Prager Vorfälle zur Verblüffung und Entrüstung steigern muß. Mit all diesen wilden Exzessen ist nichts gewollt und wird nichts erreicht. Niemand hat dem tschechischen Volke ein Haar gekrümmt, und selbst die berühmten Sprachenverordnungen, deren Bestand oder Nichtbestand für die Masse des tschechischen Volkes ohne Bedeutung ist, bestehen noch in Kraft. Alle die Scheußlichkeiten, die da verübt und geplant werden, sind hervorgerufen durch ein gemeines Manöver der jungtschechischen Regierungspartei. Die

jungtschechischen Führer verfolgen mit den von ihnen angeführten Revolten dieselbe niederträchtige Politik, die allzeit die Regierungswelt der schlimmsten Despoten gebildet hat. Wie diese ihren „kleinen Krieg“ brauchten, um die Aufmerksamkeit des Volkes von der Jämmerlichkeit ihrer inneren Politik abzulenken, so suchen die jungtschechischen Führer das Volk durch einen Bürgerkrieg gegen die Deutschen zu betäuben, um ihre Schändlichkeiten und ihre Mißerfolge im Parlamente vergessen zu machen. Den Prager Krawallen fehlt jede revolutionäre Bedeutung; sie sind die gemeinste reaktionäre Mache.

Weiter wird berichtet: Die neue Regierung hat ihre Amthätigkeit mit einem argen Mißgriff begonnen: In Prag ist das Standrecht proklamiert. Wir haben die Prager Exzesse in verdienter Weise verurtheilt, und sie werden durch die immer klarer werdende Thatsache, daß der deutsche Mob in Saaz nicht viel besser gewirthschaftet hat als der tschechische in Prag, nicht um ein Haar besser gemacht. Plünderer und Brandstifter sind gemeine Verbrecher und verdienen als solche behandelt zu werden. Der Staat hat Hilfsmittel genug, ohne Schädigung der politischen Freiheit und ohne Gefährdung der Rechtssicherheit ihrer Herr zu werden. Baron Gautsch hat sich mit seiner überstürzten Maßnahme als ein politischer Flichtschuster ältester Sorte bewiesen, der immer wieder auf den alten Miß den alten Fleck setzt. Dabei ergibt sich noch das komische, daß durch die Verhängung des Standrechtes die Anhänger der jungtschechischen Partei am schwersten getroffen werden. Eine standrechtlich behandelte Regierungspartei, das ist wieder ein österreichisches Kuriosum. Das Seltsame liegt freilich weniger in der Verhängung des Standrechtes selbst, als in dem Umstande, daß eine Regierungspartei Anlaß zu dieser Maßnahme giebt. Wir lassen die Berichte folgen: Die Donnerstag Abend gepflogenen Verhandlungen zwischen dem Ministerpräsidenten Frhrn. von Gautsch und den Klubobmännern der vereinigten deutschen Linken dauerten über drei Stunden. Das Resultat wird geheim gehalten; nur soviel verkundet, daß die Linke von ihren Forderungen, Lösung der Präsidentenfrage und Zurücknahme der Sprachenverordnungen, nicht abgeht. Der Ministerpräsident konnte dazu nur ungenügende Zusagen geben. Die Verhandlungen sollen fortgesetzt werden. So lange die Rechte auf Verbeibehaltung des alten Präsidiums besteht und Herr von Abrahamowicz nicht gehen will, wird wohl nicht viel zu machen sein.

Das Abgeordnetenhaus trat am Donnerstag zu einer formellen Sitzung zusammen. Franz Kossuth richtete an den Ministerpräsidenten Baron Gautsch eine dringende Interpellation mit der Frage: „Wann gedenkt die Regierung mit Rücksicht auf die Verhältnisse in Oesterreich von ihrem Rechte Gebrauch zu machen und den auf dem Prinzip der Selbstbestimmung beruhenden Gesekentwurf einzureichen?“ In seiner Begründung verweist Kossuth auf die Vorgänge im österreichischen Parlamente und sagt in Bezug hierauf: In Oesterreich bestehen seit langem Ausnahmezustände. Die Winterheit benutzt die Pultdeckel als Argumente, die Mehrheit geberdet sich als Tyrann, begehrt mit der lex Falkenhayn einen offenen Verfassungsbruch und läßt die Abgeordneten durch Polizei-

Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

(62. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Als der rothe Postmeister mit Helene von der Straße aus die vordere Stube betrat, traf ein dumpfes Brausen ihr Ohr, es war das Stimmengewirr aus dem anstoßenden Saale.

„Da haben wir heute die Bude voll“, meinte der Postmeister zu Frau Kessler gewendet.

„Ja, da sind so Viele drin, daß sie kaum japsen können“, versicherte diese.

„Wollen 'mal sehen.“

Als er aber die Thür aufriß, purzelten sofort Einige, die daran gelehnt standen, unter lautem Lachen heraus und über ihn her.

„Da kommt nur mehr Einer aus der vierten Dimension herein“, versicherte ein hochgewachsener bulgarischer Student, der vermöge seiner Größe stets für den Hintergrund bestimmt war. Als er aber den kleinen Postmeister erkannte, der eine so hübsche Frau am Arme führte, setzte er sofort Stimme und Ellbogen in ausgiebiger Weise in Bewegung, um für sie Platz zu machen. Helene hat, sich ihretwegen nicht zu bemühen, sie werde nach Hause zurückkehren.

Aber da legte sich Frau Kessler in's Mittel und meinte, auf der Gallerie, wo sonst die Musikanten saßen, wäre noch Platz, nur einige Arbeiterinnen seien oben, und da käme sie wenigstens nur mit Weibskleuten in's Gedränge.

Sie winkte Helene mit dem linken Zeigefinger zu sich und sagte mit Öbnermiene:

„Kommen Sie nur, Madamchen, Sie brauchen nicht einmal durch den Saal zu gehen.“

Helene nickte dem Onkel vergnügt zu und trippelte hinter ihrer Führerin her, die hölzerne Treppe hinauf, die sie auf die Gallerie brachte.

Einige Mädchen saßen da, die ihr freundlich Platz machten.

Sie nahm die äußerste Ecke ein und konnte nun bequem den Saal übersehen.

Es waren zumeist deutsche und schweizer Arbeiter versammelt. Auch Arbeiterfrauen und einige ausländische Studenten hatten sich eingefunden.

Sie saßen dicht gedrängt an den Tischen oder begnügten sich mit einem noch bescheidener abgemessenen Stehplatz. Die meisten hatten den Hut auf dem Kopfe und ein Glas Bier vor sich auf dem Tisch. Einige rauchten, Alle beobachteten eine ernste, ruhige und zuwartende Haltung.

Eben ließ man im Saal die Sammelbüchse „für die Familien der Ausgewiesenen“ zirkuliren. Es gab derzeit viele unschuldige Opfer in Deutschland und Tausende von Weibern und Kindern befanden sich im größten Elend, weil ihre Ernährer oft binnen vierundzwanzig Stunden den sicheren Erwerb verlassen und von ihren Familien sich trennen mußten.

Helene konnte beobachten, wie Jeder und Jede der Anwesenden sich erhob, um seinen Obolus zu entrichten. Es entstand dadurch ein arges Gedränge, ohne daß ein ungeduldiges Wort gefallen wäre.

Die Hitze nahm zu, die Luft wurde schlechter und der weiße, von der Flamme durchleuchtete Rauch, der gegen die Decke emporstieg, begann sich zu verdichten.

Aber diese Atmosphäre schien Niemand zu bedrücken, alle diese Arbeiter und Arbeiterinnen waren an eine viel schlechtere Luft gewöhnt. Als aber einige Oberlichtfenster geöffnet wurden und ein frischer Luftzug hereinwehte, ging doch ein Ahi der Befriedigung durch den

Saal. Das Gemurmel wurde lauter, hier und da ertönte ein Witzwort, ein Ausbruch der Heiterkeit, der sich rasch wieder dämpfte.

Auch Helene empfand mit Wonne die belebende Wirkung der frischen Luft. Sie war mit ihrer Nachbarin in ein Gespräch gekommen, als eine Bewegung wogenähnlich den Saal durchlief und ihre Aufmerksamkeit dahin lenkte.

Der Einberufer hatte sich von seinem Platze erhoben und bat die Anwesenden, das Bureau zu wählen. Er brachte einige Namen in Vorschlag, die lebhaft akklamirt wurden.

Der Vorsitzende und sein Stellvertreter waren ernannt und nahmen an einem besonderen Tische ihre Plätze ein.

Alle hatten zu rauchen aufgehört und auch das leiseste Gemurmel verstummte, als der Vorsitzende nach kurzer Begrüßung der Anwesenden und einigen einleitenden Sätzen Konrad Öbner das Wort erteilte.

Ein blonder, ausdrucksvoller Kopf tauchte aus der Menge empor.

Aller Augen wendeten sich ihm zu, mit größerer Sympathie und andächtigerem Interesse, als in unseren Tagen irgend einem Prediger auf der Kanzel.

Mit ruhigem und doch marmem Ton begann er zu sprechen. Er hatte es nicht nötig, sich auf irgend welche Autoritäten zu stützen, weder auf göttliche noch menschliche. Als ein Gleicher sprach er zu Gleichen, schlicht und verständlich. Und sie horchten gierig auf seine Worte, die so lebensvoll und brüderlich klangen und Aufklärung brachten über Dinge und Verhältnisse die sie zunächst berührten. Er suchte das Wesentliche und Bedeutende hervor, um die Entwicklung der Arbeiterklasse und die moderne internationale Bewegung des Proletariats zu kennzeichnen und als einen historischen Prozeß zu erläutern, der

organe aus der Stätte der Gesetzgebung hinauswerfen. (Rufe: „Schmach!“) Auf die Frage, ob in Oesterreich der parlamentarische Konstitutionalismus herrscht, wird die gesammte gebildete Welt mit „Nein“ antworten. Die gewaltthätige Durchsetzung des Ausgleichsprovokatoriums, die Art und Weise, wie die ungarische Regierung dieselbe forciert, ist geeignet, in den österreichischen Völkern den Glauben zu erwecken, als ob daraus für Ungarn riesige Vorteile erwachsen, während doch, wie Alle wissen, sie uns nur riesige Opfer auferlegt. Mit Rücksicht darauf, daß der österreichische Reichsrath verlegt ist, und uns nunmehr eine kurze Zeit vom 1. Januar trennt, ist es notwendig, daß sich die ungarische Regierung über ihre Absichten äußert.

Das Staudrecht in Prag ist proklamiert. Trotzdem dauerten die Revollen Donnerstag fort. In zwei Gassen der inneren Stadt fanden früh 8 Uhr wiederum Plünderungen statt, worauf sofort das Militär in Stärke von 7 Bataillonen und 2 Eskadrons in Thätigkeit trat. Aus Königgrätz sind 2, aus Theresienstadt 3 Bataillone zur Verstärkung der Garnison hier eingetroffen.

Vormittags ist es wieder zu heftigen Krawallen gekommen, wobei eine Person erschossen und viele verletzt wurden. Die deutschen Schulen sind geschlossen, da sie vom Pöbel umlagert wurden. Die ganze Stadt ist von Kavallerie und Infanterie besetzt. Der Pöbel durchzog Vormittags die Stadt und plünderte und raubte, wo er konnte. Die deutschen Geschäfte sind geschlossen. Viele deutsche Familien sind abgereist. Polizeidirektor Doerfl hat seine Demission gegeben. Der Stadttheil Weinberge, wo viele Deutsche wohnen, ist durch Militär gänzlich abgesperrt.

In Smichow fanden Auflehnungen gegen das Staudrecht statt. Während der Kundmachung des Staudrechts brachen einzelne Personen in Pöhrer aus. Einige wurden verhaftet. Zwei Stunden nach Verkündung des Staudrechts versuchten die Exzedenten die Synagoge zu demoliren und warfen sie mit Steinen. Eine einschreitende Militärpatrouille feuerte, ohne jemanden zu verwunden. Die Exzedenten entflohen. Im Laufe des Tages kamen 18 Verwundungen, darunter diejenigen zweier Soldaten, vor. Um 11 Uhr Nachts herrschte überall vollständige Ruhe. Das Militär ist größtentheils zurückgezogen.

Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Prag: Da heute früh die Ausschreitungen wieder begannen, besetzten 7 Bataillone und 4 Schwadronen die wichtigsten Plätze. In Prag gelang es, weitere Exzesse zu verhindern, aber nicht so in Weinberge, wo bis um 2 Uhr fortgeplündert wurde. Die Polizei hatte mehrfach Gewehrsalven abgegeben, wie es heißt, mit blinden Patronen, das Militär machte mehrere Bajonettangriffe. Bald darauf erfolgte unter Trommelschlag die Verkündung des Staudrechts. Dieses wirkte konsternierend. Trotzdem wurde das Militär auch noch später mit höhnischen Zurufen empfangen.

10 Uhr Abends. Die Stadt ist vollständig ruhig. Unmittelbar nach der Verkündung des Staudrechts kam es noch in den Vorstädten Smichow und Biskow zu bewegten Zusammenflößen. Bis sechs Uhr Abends erfolgten noch etwa 90 Verhaftungen. In dem eigentlichen Fabrik-Distrikt Holešowitz wurde Niemand verhaftet; die Fabrikarbeiter-Schaft hat sich an den Ausschreitungen nicht beteiligt. Zwei Personen wurden verwundet.

Seit gestern Abend 11 Uhr herrscht vollständige Ruhe. Das Militär konnte infolgedessen um 12 Uhr nachts in die Kasernen zurückkehren. Der Exekutions-

russchuss der centralböhmischen sozialdemokratischen Organisation erließ einen Aufruf, in dem er gegen die Provokationen und Gewaltthätigkeiten sowohl seitens der Deutschen als auch seitens der Tschechen sich verurteilend ausspricht und die Parteigenossen auffordert, sich in keiner Weise an den Exzessen zu betheiligen.

Der Prager Stadtrath beschloß, dem Statthalter zu eröffnen, daß der Stadtrath nur dann bereit sei, auf die Beruhigung der Gemüther hinzuwirken, wenn seitens der Regierung öffentlich erklärt werde, daß die Demonstrationen infolge von Brutalitäten entstanden sind die an den Tschechen in deutschen Städten verübt wurden, und wenn Garantien geboten würden, daß den Tschechen in Deutschböhmen volle persönliche und politische Freiheit gewährt werde. Thatsächlich wurde eine Deputation an den Statthalter geschickt und bei demselben über das Vorgehen der deutschen Studenten in Prag (1) und über die Vorgänge in Saaz Beschwerde geführt. Der Statthalter erwiderte darauf u. A., daß er die Aufregung über die Vorgänge bezeuge, daß er aber selbstverständlich nicht unterlassen könne zu erklären, daß eine Rechtfertigung der Prager Exzesse niemals in diesen Ereignissen gelegen sein könne, und daß mit der vollsten Strenge zur Wiederherstellung der Ordnung und zum Schutze des bedrohten Besizes der Deutschen vorgegangen werden.

Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, sind die deutschen Landtagsabgeordneten Schlesinger, Lipfert und Kleinmann in Wien eingetroffen, um bei dem Ministerpräsidenten wegen der Haltung der Prager Behörden gegenüber den Deutschen Beschwerde zu führen.

Politik und Partei-Leben.

In dem ostpreussischen Kreise Magnit-Biskallen wäre beinahe ein Sozialdemokrat in den Kreistag gewählt worden, noch dazu ohne daß er sich um das Mandat beworben hätte. Die „Königsberger Volksstimme“ berichtet darüber: Der Parteigenosse Hoyer aus Slaiskirren war von den Kleingrundbesitzern aufgestellt und erhielt im ersten Wahlgang von drei Kandidaten die meisten Stimmen und unterlag in der Stichwahl gegen den dem Herrn Landrath genehmen Kandidaten nur deshalb, weil mehrere Stimmzettel nicht richtig geschrieben waren (z. B. „Hofert“, „Hufert“ anstatt Hoyer). Hätte Hoyer sich nur im geringsten für seine Wahl interessiert, insbesondere richtige Stimmzettel ausgegeben, so wäre er sicher zum Kreistags-Abgeordneten gewählt worden. Dieses Wahlergebnis kann man als ein höchst erfreuliches Omen für die Reichstagswahl in diesem Kreise, wo Genosse Hoyer Kandidat, ansehen. Der Kreis ist durch den bekannten Grafen Kanitz im Reichstage vertreten. Im Jahre 1893 wurden nur 225 sozialdemokratische Stimmen dort abgegeben. Sicher wird es Hoyer gelingen, im nächsten Jahre bei der Reichstagswahl eine ansehnliche Stimmenzahl auf sich zu vereinigen. Ja, es tagt in den dunkelsten Winkeln.“

Aus Nah und Fern.

Gefährlicher Raubfall auf einen Geldbriefträger. Chemnitz, 29. November. Der stellenlose Kaufmann P. C. Mauerberger aus Stelzendorf, der im vorigen Sommer in seiner Garconwohnung einen Geldbriefträger zu ermorden und zu berauben versuchte, wurde vom hiesigen Geschworenengerichte des versuchten Mordes und schweren Raubes schuldig befunden und zu acht Jahren

Da hob er den Kopf und mit merkwürdiger Treffsicherheit trafen seine Augen mit den ihren zusammen.

Sie fuhr zurück in einer Verwirrung, die sie für Augenblicke den Vorgängen im Saale entrückte.

Erst als einzige schneidig und zornig herausgestoßene Worte ihr Ohr berührten, sah sie wieder in den Saal hinab.

Ein junger Mann hatte sich erhoben, sein Gesicht war stark geröthet und er gestikulirte mit weit ausgreifenden Händen.

Sein Ton wurde bald kreischend und er schrie, als ob die Stärke seiner Lunge auch die Beweisraft seiner Worte erhöhen könne.

Er hatte sofort mit persönlichen Ausfällen und Beschuldigungen begonnen. Zur Sache gerufen, lenkte er ein, um sich mit dem gegebenen Thema oberflächlich, mit einigen revolutionären Phrasen abzufinden.

Seine Ausführungen gipfelten darin: Der Achtstundentag sei ein werthloses Palliativmittel.

„Nur keine Angstschmelz sein!“ brüllte er. „Damit kommen wir nicht vom Fleck. Wir dürfen keine Reformpartei sein, sondern eine Umsturzpartei und das einzige Mittel zu unserer Rettung, hört Ihr, das allereinstimmte, ist die Gewalt!“

Da erhob sich Widerspruch und energische Gegentöne, die er mit einem noch größeren Aufwand an Stimme beantwortete.

Der junge Mann mit dem erhitzten Gesicht und überhitztem Gehirn mochte es ehrlich meinen, aber sein Ton war roh und maßlos exaltirt, und er steigerte absichtlich seine große Erregtheit, um die Anderen damit fortzureißen.

„Wer ist denn der Sprecher?“ fragte Helene ihre Nachbarin.

„s wird wohl ein Moskauer sein“, meinte diese, „die schreien Alle so, es ist oft zum Todtschaden.“

Buchhaus und zehn Jahren Ehevverlust verurtheilt. Er hatte der Geldbriefträger durch einen meuchlings geführten Dolchschuß schwer verletzt.

Zu dem schrecklichen Grubenunglück auf der Kohlengrube Frankenhof bei Homburg in der hinteren Rheinpfalz wird gemeldet, daß nunmehr alle verunglückten Bergleute geboren sind; ihre Veranlassungen konnten jedoch bisher noch nicht festgestellt werden, da eine Reihe von Todten ganz unkenntlich ist. Die Bergverwaltung von Frankenhof hat in Zweibrücken 20 Särge bestellt, da der Vorrath in Frankenhof zur Beerdigung aller Verunglückten nicht ausreichte, die zum meiste aus den Gemeinden Erbach, Reiskirchen, Jägerburg, Waldmohr, Käßelberg, Oberberzbach und Frankenhof kommen. Bergamtmann Kistenfeger in Zweibrücken ist amtlich mit der Untersuchung des Unglücks hinsichtlich seiner Ursache beauftragt worden. Die Grube hat eine Belegschaft von über 1000 Mann. Ein Bergmann war ein Jahr lang beurlaubt, und fuhr um 4 Uhr wieder zur ersten Schicht. Eine Bierkammer später war er eine Weile. Ein Mann von Waldmohr verlor zwei, eine Frau aus Jägerburg drei Söhne. Die meisten Verunglückten sind verheiratet und Familienväter. Der Tod der durch die Witterungsplosion Betroffenen dürfte nach ärztlichem Gutachten durch Einathmen der heißen Luft sofort und ohne Todeskampf eingetreten sein.

Die gehobene Staatsstliche hat Glück. Aus Logau wird der „Saale-Zeitung“ geschrieben: Unser früherer Bürgermeister Borch ist nach Göttingen transportirt worden. Es verlautet in hiesigen, aufschmeißend gut unterrichteten Kreisen, daß er wegen seiner hiesigen Straftaten (Unterdrückung amtlicher Gelder u.) überhaupt nicht belangt werden könne, da er seitens der Schweiz nur wegen seiner Vergehen in Uslar, und zwar auf Requisition der Göttinger Staatsanwaltschaft, angeklagt worden sei. Da seine Uslarer Thaten sich nur als Vergehen qualifizieren, dürfte das Strafmaß nicht allzu hoch bemessen werden können, so daß die Strafe durch die Untersuchungshaft sogar als verbüßt angesehen wird.

Vor dem Schwurgericht in Brügge hat die Verhandlung in dem sensationellen Dfen der Bistmordprozess begonnen. Angeklagt ist der Kommandant der Dfen der Bürgergarde, Major Vanderauwera, seine Frau durch schleichendes Gift weggeräumt zu haben, um sich eine zweite Heirat zu ermöglichen. Vanderauwera war ein angesehenen reicher Bürger von Ostende. Sein Verbrechen wurde durch seine Maitresse, die Gattin des Arztes Verschueren, verrathen. Sechs Kinder Vanderauwera's starben rasch hinter einander unter seltsamen verdächtigen Erscheinungen, doch besitzt der Staatsanwalt keine Beweise für den gewaltthätigen Tod dieser Kinder. Dagegen wurden in der Leiche der Frau große Giftmengen gefunden. Der Prozeß wird 14 Tage dauern.

Goldring in Stadt. Um ihre Verhältnisse aufzubessern, haben mehrere wohlbekannte Millionäre, wie die Rothschilds, John Mac Kay, D. D. Mills (Newyork), Henry Leiter (Chicago) mit noch andern europäischen und amerikanischen Geldleuten sich zusammengethan, um ein Riesen-Goldbergwerk in Syndikat zu gründen. Dasselbe soll dann alle Goldfelder in den Vereinigten Staaten und in Britisch-Nordamerika, also auch die am Klondyke, an sich bringen. Den Vorsitz dieses Syndikats soll der Herzog von Teck führen, die Leitung aber in die Hände von Mainland Kersey, derzeit Betriebsdirektor der White Star-Dampferlinie in Newyork, gelegt werden.

Rede und Gegenrede erfolgte, die Debatte wurde leide schaftlicher und steigerte sich zum Tumult. Einen Augenblick schien es, als würde es zu einem Handgemenge kommen. Aber der Vorsitzende hatte Ruhe geschaffen und Konrad erhielt das Schlußwort.

Seine Haltung war ruhig, seine klare, wohlredende Stimme beherrschte die Versammlung, ohne sich zum Pathos zu erheben.

„Genossen!“ sagte er, „wir haben die Stimmen des Hasses, der Erbitterung gehört, die die proletarischen Herzen durchwühlten und immer lauter in unseren Reihen ertönen; wahrlich, sie scheinen mir wohl berechtigt. Wir, die organisirten Arbeiter, schwachen heute als Rechtlose unter einem maßlosen Drucke —“

„Sozialistengeißel“, erscholl es rundum.

„Es ist ein infames Gesetz, bestimmt uns zu vernichten, aber der Mann, der es über uns verhängt hat —“

„Bismarck!“ ertönte ein gellender Zwischenruf.

„Er wird seine absolutistischen Zwecke nicht erreichen — er wird es vielmehr sein, der die Proletarier zu immer engerem Zusammenschluß treibt, zu einer großen mächtigen Organisation. Und so wird die Erbitterung selbst, die er geschaffen, unser Bundesgenosse sein —“

„Bravo — Bravo!“

„So lange sie sich nicht zum Wahnsinn steigert... Freunde, wir müssen klaren Sinnes bleiben, selbst mit dem glühendsten Haß in der Seele, denn, merkt es wohl, Genossen, in unserer Besonnenheit liegt unsere Kraft. Darum werden wir in diesem Kampf uns nicht zu einzelnen Ausbrüchen der Verzweiflung provozieren lassen.“

„Hört, hört! — Das ist Feigheit, Schwäche!“ gellte es wieder dazwischen.

„Nein, und wir werden uns dazu auch nicht von Euch provozieren lassen —“ rief Konrad lauter in den Saal — „wir werden den Kampf konsequent um die Eroberung der politischen Macht führen!“ (F. f.)